

Teichmann, Ulrich

Article — Digitized Version

Auf dem Weg in die Stagflation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Teichmann, Ulrich (1971) : Auf dem Weg in die Stagflation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 6, pp. 306-309

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134272>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auf dem Weg in die Stagflation

Ulrich Teichmann, Frankfurt/M.

Bei ihrer Prognose im Herbst 1968 gingen die Konjunkturforschungsinstitute der BRD (mit Ausnahme des Rheinisch-Westfälischen Instituts) vom viereinhalbjährigen „Normal“-Zyklus aus. Sie „errechneten“ den Beginn des Abschwungs mit der folgenden simplen Formel: „Da bisher diese Abschwächung zweieinhalb Jahre nach dem Beginn der Investitionszyklen einsetzte, kann sie diesmal für den Herbst 1969 erwartet werden¹⁾.“ Jetzt schreiben wir das Jahr 1971, und wir warten noch immer auf die wiederholt vorausgesagte Anpassung der konjunkturell überhöhten Nachfrage an das Angebot.

Die Vorstellung vom Normalzyklus

Ende des vergangenen Jahres kündigte der — wie wir allerdings erst jetzt wissen — vorübergehende Rückgang des Auftragseingangs schon einmal die konjunkturelle Wende an und löste auch sogleich die im ausklingenden Boom stets auflebende Kontroverse „Durchstarten“ oder „Bremsen“²⁾ aus. Inzwischen deutet jedoch der laufende Auftragseingang nicht mehr auf eine baldige rezessive Phase hin.

1) Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1968. In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 35. Jg. (1968), Nr. 42/43, S. 267.

2) Jörg Beyfuß: Durchstarten oder nicht? In: WIRTSCHAFTSDIENST, 51. Jg. (1971), H. 2, S. 82-83.

Ulrich Teichmann, 28, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, ist seit 1966 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wirtschafts- und Sozialpolitik der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.

Auch hinter dieser Kontroverse stand der Gedanke an den Normalzyklus, die Idee einer gewissen konjunkturellen Symmetrie, d. h. daß auf einen steilen Aufschwung jeweils ein ausgeprägter Abschwung folgt. Diese Vorstellung ist inzwischen durch die Realität widerlegt. Gerade die während der kräftigen und langanhaltenden Expansion angehäuften Auftragsbestände waren es, die — zusammen mit der expansiven Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände und der von außen her aufgelockerten monetären Restriktion — den beginnenden Nachfragerückgang auffingen. Mit anderen Worten: Über die Auftragsbestände wirkt die zurückliegende Expansion in die Abschwungphase hinein und zögert die Rezession hinaus.

Der Begriff „Durchstarten“ stand für eine Konjunkturpolitik, die den erwarteten rezessiven Tendenzen durch expansive Maßnahmen, die schon im ausklingenden Boom eingeleitet werden, entgegenwirken will. Die Befürworter dieses Konzepts befürchten, daß nachfragestützende Instrumente, die erst dann eingesetzt werden, wenn das Gleichgewicht — verstanden als der mittelfristig angestrebte Wachstumspfad — wieder erreicht ist, infolge der Wirkungsverzögerungen die konjunkturelle Talfahrt und eine längere Wanderung auf der Talsohle nicht mehr aufhalten können.

Der Vorschlag, die restriktive Politik fortzusetzen, wird dagegen wie folgt begründet: im Boom haben sich Verhaltensweisen der Unternehmer hinsichtlich der Preisfixierung (die Gewöhnung an konjunkturell überhöhte Gewinnraten) und der Tarifpartner hinsichtlich der Lohnfestsetzung (die Tarifierung inflationsbedingter und zugleich -fördernder Steigerungsraten) herausgebildet, die

erst durch eine milde Rezession gebrochen werden müssen, bevor ein neuer Aufschwung initiiert werden kann.

Kontroverse Ansichten

Nun ist es aber nicht so, daß sich hier zwei geschlossene Lager gegenüberstehen und es im Meinungsspektrum keine Zwischenstufen gibt. Wie in fast allen wirtschaftspolitischen Fragen, so gehen auch hier die Ansichten über die Wahl der Instrumente und das optimale Timing weit auseinander. Mit den Namen Giersch und Köhler lassen sich die „Pole“ der bis in die Gegenwart hineinreichenden Kontroverse in etwa personalisieren.

Während Köhler³⁾ schon im Frühjahr 1970 die baldige Rezession prognostizierte und einen Abbau der Restriktionen forderte, verlangt Giersch⁴⁾ die unbedingte Rückkehr zu stabilen Preisen, die uns aber in der mit Oligopolen und autonomen Gruppen durchsetzten Wirtschaft nur eine längere Phase schwacher Nachfrage bringen kann. Die divergierenden Folgerungen, die beide aus den gleichen konjunkturellen Daten ziehen, sind nun aber nicht (allein) Ausdruck unterschiedlicher diagnostischer Potenz, sondern (vorwiegend) Ausfluß voneinander abweichender Wertungen der Ziele Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität. Mit anderen Worten: In den konjunkturellen Empfehlungen wird – auch von der Wissenschaft – nicht immer hinreichend deutlich gemacht, wo das sachbezogene Urteil aufhört und das allein wertende anfängt.

In der Gewichtung des Ziels des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts herrscht noch weitgehend Einigkeit (die hierzu notwendigen Wege, lies: Mittel, wie flexible Wechselkurse oder – auf die BRD bezogen – häufigere Aufwertungen, will aber schon nicht jeder gehen). In der Wertung von Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung prallen die Meinungen aber hart aufeinander. Empirisch nachgewiesen ist, daß wir – bei Tarifautonomie – beide Ziele nicht zur gleichen Zeit erreichen können, daß sie also im Konflikt miteinander stehen. Es gilt also, ein wohlfahrtstheoretisches Optimum⁵⁾ zu finden, wenn bzw. nachdem alle Möglichkeiten, diesen Konflikt durch einen verbesserten Mitteleinsatz zu verringern, ausgeschöpft sind.

Aber wo liegt dieses Optimum? Der eine sieht es näher an der Vollbeschäftigung, der andere nahe der Preisniveaustabilität. Ganz ausdiskutiert

ist diese Frage noch nicht. Eines läßt sich aber schon sagen: Je mehr es gelingt, die nichtgewollten Verteilungswirkungen der schleichenden Geldentwertung (z. B. durch die dynamische Rentenversicherung) und auch die Intransparenz der zukünftigen Preisniveauentwicklung, die in die Zukunft reichende Dispositionen erschwert, auszuschalten, je näher rückt das Optimum an die Vollbeschäftigung heran, desto früher kann auch die Konjunkturpolitik restriktive Maßnahmen auslaufen lassen und expansive einleiten.

/ Auftragseingang ist kein sicherer Indikator

Die Empfehlung „Durchstarten“ wird häufig mit der Entwicklung der Auftragseingänge begründet⁶⁾. Dieser Frühindikator zeigt zwar die konjunkturelle Wende an, er ist aber auf keinen Fall dazu geeignet, quasi-automatisch konjunkturpolitische Maßnahmen auszulösen. Wie jeder Indikator hat auch dieser, isoliert genutzt, seine Schwächen, die sich gerade jetzt wieder in der Überschätzung der konjunkturellen Entspannung deutlich zeigten. Die jeweilige Reichweite der Auftragsbestände müßte unbedingt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Erschwerend kommt hinzu, daß Auftragseingang und -bestand nicht unabhängig voneinander sind. Es ist plausibel, daß Unternehmen, deren Auftragsbestände die Beschäftigung für mehrere Monate sichern, vor allem bei unübersichtlicher Preis- und Lohnentwicklung nur zögernd neue Aufträge hereinnehmen und daß auch überlange Lieferfristen davon abhalten können, Bestellungen herauszugeben. Auf der anderen Seite ist aber eine gesicherte Beschäftigung auch ein investitionsanregendes, die Expansion noch beschleunigendes Motiv.

Die Statistik des Auftragseingangs kann also dem Konjunkturpolitiker keine zweifelsfreie Auskunft geben. Sicher ist aber, daß hohe Bestände den Sturz in die Rezession zwar nicht ausschließen, ihn aber doch aufhalten können, so daß sie dem Konjunkturpolitiker eine gewisse Zeit gewähren, in der er einigermaßen ruhig auf deutlichere Zeichen der konjunkturellen Wende warten kann.

Paradoxe Therapien

Es ist unbestreitbar, daß jeder antizyklische Eingriff eine längere Zeit – oft mehr als neun Monate – benötigt, bis er sich sichtbar auswirkt⁷⁾. Milton Friedman⁸⁾ leitet aus dieser empirisch

³⁾ Claus Köhler: Minderheitsvotum zum Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 9. 5. 1970, Ziff. 21-24.

⁴⁾ Herbert Giersch: Wachstumsförderung durch Geldwertschwund? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 28. 11. 1970.

⁵⁾ Vgl. z. B. Peter Baumgarten und Wolfgang Mückl: Wirtschaftspolitische Zielkonflikte in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969, S. 15 f. (und die dort angegebene Literatur).

⁶⁾ Vgl. Claus Köhler: Besser jetzt dosiert lockern als später radikal (Interview). In: Wirtschaftswoche, 25. Jg. (1971), Heft 1/2, S. 33 f.

⁷⁾ Milton Friedman: Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970, S. 237 ff.

⁸⁾ Ebenda, S. 267 f., vgl. auch Hans Besters: Geldpolitik am Scheideweg. In: Die Aussprache, 21. Jg. (1971), S. 43-46.

mehrfach nachgewiesenen Tatsache – vor allem auf die Geldpolitik bezogen – die Forderung ab, auf kurzfristige, den Zyklus verstetigende Maßnahmen überhaupt zu verzichten und die Politik langfristig auszurichten.

Köhler schwebt ein anderer Weg vor. Er will, da sich die Wirkungen expansiver oder restriktiver Maßnahmen verzögern, die Mittel entsprechend frühzeitig einsetzen, d. h. – auf den konkreten Fall bezogen – evtl. noch mitten im Boom expansive Maßnahmen einleiten, die die für das nächste Jahr (im Frühjahr 70 für 1971) prognostizierte Rezession ausgleichen sollen.

So paradox wie diese Therapie klingt, so weit ist sie meiner Meinung nach auch davon entfernt, das Patentrezept zu sein, mit dem man time lags unterlaufen kann. Die Wirkungsverzögerungen antizyklischer Maßnahmen sind nämlich nicht unabhängig von der Wahl des Zeitpunktes ihres Einsatzes. Lassen wir es zu, daß wir in eine Unterbeschäftigung abgleiten, und initiieren erst dann expansive Maßnahmen, so werden kräftigere Mittel und auch eine entsprechend längere Zeit notwendig sein, um die Nachfrage aus der Rezession oder gar Depression wieder an den Wachstumspfad heranzuführen. In der Phase der konjunkturellen Beruhigung hätte dagegen unter Umständen das Aussetzen eines restriktiven Mittels genügt, um den Sturz zu verhindern.

Fangen wir aber – aus berechtigter Furcht vor Unterbeschäftigung – schon weit vor dem Gleichgewicht an, antizyklische Maßnahmen einzuleiten, dann können wir zwar damit die drohende Unterbeschäftigung verhindern (Stabilitätsfreunde meinen: nur aufschieben), aber der Druck, der von den Kosten und der Nachfrage auf die Preise ausgeht, erhält dadurch – bevor sich die expansiven systemimmanenten Kräfte erwartungsgemäß abgeschwächt haben – einen neuen Impuls. Mit anderen Worten: Prophylaktische expansive (bzw. restriktive) Maßnahmen noch in der Phase der Überbeschäftigung (bzw. des beginnenden Abschwungs) haben aller Wahrscheinlichkeit nach einen wesentlich geringeren time lag und wirken kräftiger als solche Mittel, die erst in der Rezession (bzw. noch im Boom) eingesetzt werden, d. h. der expansive Effekt fällt noch in die Phase der erwünschten konjunkturellen Beruhigung und verstärkt damit die schleichende Inflation. Timing und Wirkungsverzögerung sind interdependente konjunkturbestimmende Faktoren.

Dilemma der Konjunkturpolitik

Die Konjunkturpolitik steht deshalb im ausklingenden Boom vor einem Dilemma. Sie weiß, daß wir auf eine Rezession zusteuern und daß antizyklische Maßnahmen eine längere Zeit brauchen, um

diese nicht erwünschte Entwicklung aufzuhalten, sie kann aber die expansiven Mittel jetzt noch nicht einsetzen, da sie während der Phase nachlassender Überbeschäftigung schneller und stärker als erwünscht wirken. Das konjunkturpolitische Timing ist also keine einfache Rechenaufgabe. Der Übergang von der restriktiven zur expansiven Politik sollte deshalb ganz behutsam vorgenommen werden.

Ein „zu früh“ kann sich genau so schädlich wie ein „zu spät“ auswirken. Wir stehen also hier wieder vor der Frage, die wir weiter oben schon einmal angeschnitten haben; allerdings mit einem wesentlichen Unterschied. Wir fragen diesmal nicht, was wir lieber wollen: mehr Beschäftigung oder mehr Preisniveaustabilität, sondern was wir eher riskieren wollen: Weiter steigende Preise oder eine Phase leichter Unterbeschäftigung. Der Weg, der beide Ziele miteinander verbindet, ist – aus einem so ausgeprägten Boom kommend – kaum zu finden. Hier fehlen uns noch die konjunkturtheoretischen Kenntnisse und – vor allem – auch die Mittel, die Verhaltensweisen der Oligopolisten und autonomen Tarifpartner zieladäquat zu beeinflussen – von den Einflüssen der Außenwirtschaft bei stabilen Wechselkursen und einem inflationierenden Ausland einmal ganz abgesehen.

Strukturelle Verschiebungen

Der schon im Normalzyklus kaum lösbare Konflikt zwischen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung bzw. Wachstum wird durch den verzögerten Abschwung weiter verschärft. Die Probleme werden weder gelöst noch vertagt, sie werden von Tag zu Tag schwieriger. Eine beginnende Rezession läßt sich an zwei qualitativ verschiedenen (Gruppen von) Indikatoren ablesen: am Auftragseingang und an der Änderung der Lohn-Gewinn-Relation. Während der Rückgang der Aufträge vorerst aufgefangen ist, verschlechtert sich die Gewinnrate der Unternehmen infolge der expansiven Lohnpolitik zusehends. Die Nachfrage verlagert sich im ausklingenden Boom von den Investitionen zu den Konsum- und den Staatsausgaben – und auch innerhalb der Investitionen von den Kapazitätserweiterungs- zu den Rationalisierungsinvestitionen. Diese Verschiebung schlägt sich aber im Index des Auftragseingangs nicht nieder; er zeigt die strukturellen Änderungen nicht an, die gleichwohl in nicht zu unterschätzendem Maße die zukünftige konjunkturliche Entwicklung bestimmen. Erst die strukturelle Analyse kann deshalb das konjunkturliche Bild abrunden.

Von den beiden wesensverschiedenen Indikatoren, der eine ist quantitativer, der andere qualitativer Art, deutet nun aber der erste, der Auftragseingang, auf einen anhaltenden Nachfrage-

druck hin, während uns der andere, die Lohn-Gewinn-Relation, eine kommende Rezession signalisiert. Das heißt, die konjunkturelle Tendenz ist nicht eindeutig ablesbar, der Prognostiker ist heute überfordert. Aber eines läßt sich doch sagen: Die gegenwärtige Situation ist, da die Unternehmen nahe der Verlustgrenze operieren, sehr labil. Wir bewegen uns auf einem schmalen (Gewinn-) Grat. Schon ein kleiner restriktiver Ruck kann uns aus dem Gleichgewicht bringen und zu der – von dem einen erwünschten, von dem anderen befürchteten – Rezession führen.

Da sich zudem in der letzten Zeit die Preise zusehends von der Nachfrage gelöst haben und jetzt weitgehend lohnkostenbestimmt sind, steht zu befürchten, daß die Tarife – nicht zuletzt auch wegen der heutigen Preissteigerungen – dem angestrebten Nachfragerückgang erst mit beträchtlichem Abstand folgen werden und die Preise somit trotz einer sinkenden Nachfrage noch eine Zeitlang nach oben treiben, bis die sinkende Beschäftigung eine lohn- und preispolitische Besinnung erzwingt. Wir wandern gegenwärtig auf einem schmalen Grat – in Richtung Stagflation.

Die Konzeption von Milton Friedman

Ernst Dürr, Nürnberg *)

Die gegenwärtige Konjunktursituation zeigt u. a. auch die Schwäche der bisherigen Geldpolitik. Manche möchten deshalb längerfristig gesehen auf die Vorstellungen von Milton Friedman zurückgreifen. Der folgende Beitrag schildert – kurz und knapp – die wichtigsten Voraussetzungen und kritischen Punkte der Friedmanschen Konzeption.

Friedman geht von der empirischen Feststellung aus, daß die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten nur in etwa 50% der Fälle antizyklisch gewirkt hat. Die deutschen Erfahrungen aus den 60er Jahren sind eher noch schlechter als die der Vereinigten Staaten. Die restriktive Geldpolitik wirkte in der Bundesrepublik Deutschland 1965/66 und 1970 prozyklisch.

Time lag der Geldpolitik

Als Ursache dieser mangelhaften Geldpolitik führt Friedman an, daß die Geldmengenänderung zu spät auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (nominales Sozialprodukt) wirkt. Friedman stellt fest, daß die restriktive Geldpolitik in den Vereinigten Staaten mit einer Wirkungsverzögerung von 13–24 Monaten behaftet ist, während die expansive Geldpolitik nach 5–21 Monaten wirkt. Das hat zur Folge, daß die in der zweiten Hälfte der Hochkonjunktur betriebene restriktive Geldpolitik vielfach erst in der Rezession und die in der zweiten Hälfte der Rezession betriebene expansive Geldpolitik erst im Aufschwung wirkt.

Ein time lag der Geldpolitik ist zwar tatsächlich vorhanden, aber Friedmans Berechnungen sind problematisch:

Friedman vergleicht die maximale Expansionsrate der Geldmenge und das absolute Maximum der wirtschaftlichen Aktivität (gemessen insbesondere am Index der industriellen Produktion). Nach Culbertson handelt es sich hierbei aber nicht um ein ökonomisches, sondern ein mathematisches Problem, da das Maximum der ersten Ableitung stets vor dem absoluten Maximum einer Kurve liegen muß, die der üblichen Konjunkturentwicklung entspricht.

Friedman analysiert ferner nicht die Ursachen der verspäteten Wirkung der Geldmengenänderung und untersucht nicht die vorgeschalteten time lags der Geldpolitik (Erkennungsverzögerung, Entscheidungsverzögerung und Zwischenverzögerung), die wie folgt dargestellt werden können:

*) Gekürzte Fassung eines vor der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Eichholz, gehaltenen Vortrages.

Ernst Dürr, 44, Dr. rer. pol., ist ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Instituts für Industrie- und Verkehrspolitik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Er befaßt sich vor allem mit Problemen der Konjunktur-, Wachstums- und Entwicklungspolitik.